

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 02.11.2018 im Feuerwehrgerätehaus Kiedrich

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.15 Uhr

Anwesend von der Gemeindevertretung:

Herr Harald Rubel	Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Hans-Peter Erkel	
Frau Brigitte Siegmund	
Herr Frank Nußbaum	Stellv. Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Jürgen Scholz	
Frau Bettina Nußbaum	
Frau Beate Schmidt	
Frau Dorothee Petri	
Herr Konstantin Wolf	
Herr Tobias Ibel	

Herr Andreas Zorn	Stellv. Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Werner Koch	
Herr Norbert Bibo	
Herr Herbert Arz	bis 20.00 Uhr

Frau Anna Maria Linke-Diefenbach	Stellv. Vorsitzende der Gemeindevertretung
Frau Petra Pieper	

Herr Marcus Malsy	als Schriftführer
-------------------	-------------------

Entschuldigt:

Frau Kerstin Engel
Frau Silke Bleser
Frau Gabriele Amann-Ille

Anwesend vom Gemeindevorstand:

Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher
Herr Erster Beigeordneter Hubertus Harras
Herr Beigeordneter Walter Ruhl
Herr Beigeordneter Walter Steinebach
Herr Beigeordneter Rüdiger Wolf
Frau Beigeordnete Elke Picard-Maureau

Entschuldigt:

Herr Beigeordneter Josef Heinrich Bibo

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes sowie die Vertreter der Presse und die Besucher. Anschließend stellt er fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung der Gemeindevertretung form- und fristgerecht ergangen ist. Angesichts der Anzahl der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung stellt er auch die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, informiert die Mitglieder der Gemeindevertretung darüber, dass in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden die Tagesordnungspunkte 5 (G 130), 6 (G 131), 7 (G 132) und 8 (G 133) in den Teil A der Tagesordnung verlegt werden.

Des Weiteren fragt der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, ob es Fragen oder Anträge zur Tagesordnung gibt. Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke Diefenbach, beantragt den Tagesordnungspunkt 3 „Jahresabschluss 2017 der Fremdenverkehrs GmbH (G 138) gesondert zur Abstimmung aufzurufen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 3 der Tagesordnung (Teil A) als erster Tagesordnungspunkt zur Abstimmung aufgerufen wird.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke-Diefenbach, verlässt vor der Abstimmung den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, ruft zunächst den Tagesordnungspunkt 3 der Tagesordnung, Teil A, zur Abstimmung auf.

Nach der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 3, Teil A der Tagesordnung kehrt die Vorsitzende der FDP-Fraktion in den Sitzungssaal zurück und nimmt am weiteren Ablauf der Sitzung teil.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, ruft nun die restlichen Tagesordnungspunkte 1, 2, 4, 5, 6, 7 und 8 der Tagesordnung Teil A zur Abstimmung auf.

Tagesordnung:

Teil A:

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift vom 07.09.2018

Die Gemeindevertretung beschließt, die Niederschrift zur Sitzung vom 07.09.2018 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

TOP 2 Wirtschaftsplan der Fremdenverkehrs GmbH für das Haushaltsjahr 2019 und Finanzplan 2019-2023 G 137

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan der Fremdenverkehrs GmbH für das Haushaltsjahr 2019 und die Finanzplanung 2019-2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Bericht des Wirtschaftsprüfers Dipl. Kfm. Rüdiger Meyer über die Jahresabschlüsse zum 31.12.2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der von Wirtschaftsprüfers Dipl. Kfm. Rüdiger Meyer nach der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2017 errechnete Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 58.721,20 EUR wird übernommen.
3. Aufsichtsrat und Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen****Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung gemäß der Vorlage G 141 wie folgt abzustimmen:

Der als Anlage beigefügte Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2019, betreffend die gemeindlichen Kostenstellen 13555110 (Forstwirtschaftliche Unternehmen) und 13555120 (Jagdangelegenheiten), wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen****Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt des Rheingau-Taunus-Kreises geprüfte Jahresabschluss 2009 wird gem. § 114 HGO beschlossen.
2. Der Jahresverlust von 532.905,79 € im ordentlichen Ergebnis und der Jahresgewinn von 81.083,17 € im außerordentlichen Ergebnis werden nach § 25 GemHVO auf die neue Rechnung (2010) vorgetragen.
3. Dem Gemeindevorstand der Gemeinde Kiedrich wird für das Jahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 101.681,59 € werden gem. § 100 HGO genehmigt.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt des Rheingau-Taunus-Kreises geprüfte Jahresabschluss 2010 wird gem.§ 114 HGO beschlossen.
2. Der Jahresverlust von 1.113.565,98 € im ordentlichen Ergebnis und der Jahresgewinn von 11.597,44 € im außerordentlichen Ergebnis werden nach § 25 GemHVO auf die neue Rechnung (2011) vorgetragen.
3. Dem Gemeindevorstand der Gemeinde Kiedrich wird für das Jahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 81.127,41 € werden gem. § 100 HGO genehmigt.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen****Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt des Rheingau-Taunus-Kreises geprüfte Jahresabschluss 2011 wird gem. § 114 HGO beschlossen.
2. Der Jahresverlust von 1.254.799,04 € im ordentlichen Ergebnis und der Jahresgewinn von 170.760,16 € im außerordentlichen Ergebnis werden nach § 25 GemHVO auf die neue Rechnung (2012) vorgetragen.
3. Dem Gemeindevorstand der Gemeinde Kiedrich wird für das Jahr 2011 Entlastung erteilt.
4. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 16.064,28 € werden gem. § 100 HGO genehmigt.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt des Rheingau-Taunus-Kreises geprüfte Jahresabschluss 2012 wird gem. § 114 HGO beschlossen.
2. Der Jahresverlust von 485.313,54 € im ordentlichen Ergebnis und der Jahresgewinn von 266.442,77 € im außerordentlichen Ergebnis werden nach § 25 GemHVO auf die neue Rechnung (2013) vorgetragen.
3. Dem Gemeindevorstand der Gemeinde Kiedrich wird für das Jahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 267.492,26 € werden gem. § 100 HGO genehmigt.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen****TEIL B:****TOP 9 Zukunft der Holzvermarktung und Waldbetreuung unserer Kommunalwälder****G 134****hier: Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Forst- und Holzkontor Rheingau-Taunus“ gemeinsamen Holzvermarktung der Rheingau-Taunus Kommunen und Nachbarn**

Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher erläutert ausführlich die Vorlage des Gemeindevorstandes.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Hans-Peter Erkel, unterrichtet die Mitglieder der Gemeindevertretung über die Beratungen sowie die um Punkt 5 erweiterte Abstimmungsempfehlung zu der Vorlage G 134 in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 31.10.2018.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke-Diefenbach, begrüßt die Erweiterung des Beschlussfassungstextes als Stärkung der kommunalen Parlamente. Im Hinblick auf die Information der Gemeindevertretung zum Stand der Verkaufszahlen, dankt sie Herrn Bürgermeister Steinmacher, welcher eine regelmäßige Unterrichtung der Gemeindevertretung zugesagt hat.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Hans-Peter Erkel, begrüßt die Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts als wichtigen Schritt den wirtschaftlichen Erfolg der vertretenen Kommunen im Forstbereich sicherzustellen. Weiter dankt er Hessen-Forst für die in der Vergangenheit geleistete Arbeit, deren Beendigung alleine aufgrund kartellrechtlicher Gründe beruht.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Andreas Zorn, erklärt in seiner Wortmeldung, dass die CDU-Fraktion der Vorlage in Form der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses ihre Zustimmung erteilen werde. Die Ergänzung der Beschlussempfehlung sei dabei als wichtiger Punkt für die Stärkung der Rechte der Gemeindevertretung anzusehen. Die Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts für die Holzvermarktung wäre im Übrigen auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtig, da die Erhaltung und Pflege des kommunalen Waldes auch Kosten verursache deren Deckung bislang durch den Verkauf des Holzes gelungen sei.

Das Mitglied der Gemeindevertretung, Frau Petra Pieper, bittet um Auskunft, ob die im Haupt- und Finanzausschuss vom 31.10.2018 und somit auch in der Sitzungsniederschrift erwähnte Anschubfinanzierung des Landes „in Aussicht gestellt“ oder zugesagt worden sei.

Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher, erklärt hierzu, dass bis jetzt von einer Inaussichtstellung zu sprechen ist; allerdings wären die erforderlichen Anträge bereits gestellt worden.

Das Mitglied der Gemeindevertretung, Frau Petra Pieper, weist darauf hin, dass es sich bei der Erweiterung der Beschlussfassung um keine einfache redaktionelle Änderung handele, da hier eine Satzungsänderung im Raum stehe, welche nach § 7 Abs. 5 der Musteranstaltssatzung vom Verwaltungsrat einstimmig zu beschließen sei.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, weist darauf hin, dass mit der erweiterten Beschlussfassung dem nachvollziehbaren Wunsch nach mehr Transparenz aus der Gemeindevertretung heraus entsprechendes Gehör verschafft werden sollte.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, über die Vorlage G 134 abstimmen.

Beschluss:

1. Durch kartellrechtliche Entscheidungen ist dem bisherigen Dienstleister HESSEN FORST ab 01.01.2019 nicht mehr erlaubt Holz aus kommunalen Forstbetrieben zu vermarkten, die Kommunen sind gezwungen eigene Strukturen aufzubauen.
2. Für die Lösung dieser neuen Aufgabe und die sachgerechte Betreuung der großen kommunalen Forstbetriebe der Region, sowie den wirtschaftlichen Erfolg ist von größter Bedeutung, dass min. ca. 150.000 Festmeter zu vermarktendes Holz gebündelt werden und in enger, vertrauensvoller und zielgerichteter interkommunaler Zusammenarbeit Synergien zwingend herbei zu führen sind.

Daher spricht sich die Gemeindevertretung dafür aus, sich für die Sicherstellung der Holzvermarktung und Schaffung von Betreuungsoptionen in der Region Rheingau-Taunus im Rahmen einer gemeinsamen Organisation auszusprechen und diese anzugehen.

Die Gemeindevertretung beschließt:

3. Gründung und Beteiligung an einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR):
Die Gemeinde Kiedrich organisiert sich zur Bündelung der kommunalen Holzvermarktung mit weiteren beitriftswilligen Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) mit dem Ziel, eine Holzmenge von ca. 150.000 Festmeter (fm) zu bündeln und mit dieser Menge und eigener Organisation als relevanter Marktpartner auftreten zu können.

Die Gemeinde Kiedrich beteiligt sich an der AöR auf Basis der Anzahl der beitriftswilligen Kommunen der Region Rheingau-Taunus **auf Grundlage des als Anlage beigefügten Satzungsentwurfs der AöR „Forst- und Holzkontor Rheingau-Taunus“**.

Nach erfolgter Beschlussfassung in allen Parlamenten und dem damit bekannten Feststehen, welche Kommunen sich beteiligen, wird die Gründung der AöR durch Satzungsbeschluss endgültig vorbereitend festgestellt.

4. Fördermöglichkeiten sind zu eruieren und stringent auszuschöpfen.
5. Der Gemeindevorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass bei einer nachfolgenden Ergänzung der Anstaltssatzung eine Erweiterung des Aufgabenspektrums der Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 2 Absatz 2 der Anstaltssatzung dem Vorbehalt der Zustimmung der kommunalen Parlamente aller Anstaltsträgerinnen unterliegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Hans-Peter Erkel, trägt den Antrag sowie dessen Begründung für die SPD-Fraktion vor. Hierbei äußert er die Vermutung, dass unter Berücksichtigung haushaltsrechtlicher Aspekte ein Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen für die Gemeinde Kiedrich schwierig sein könnte. Soweit ein finanzieller Fehlbetrag durch den Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen auszugleichen wäre, würde sich dann die Frage stellen, inwieweit es gerecht wäre diesen über die Grundsteuer B auszugleichen, da hiervon grundsätzlich alle Bürger und Bürgerinnen betroffen sind. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren entsprechende Maßnahmen in der Straßenunterhaltung immer über Straßenbeiträge mitfinanziert worden sind, so dass den davon betroffenen Bürgern bei einem Verzicht von der Gemeinde im Nachhinein nicht auszugleichende Nachteile entstehen.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke-Diefenbach, schlägt in ihrer Wortmeldung eine Erweiterung des Antrages vor, wonach der Gemeindevorstand um die Vorlage eines Berichtes gebeten werden soll, welcher Auskunft über die geplanten Instandsetzungsmaßnahmen im Straßenbereich in einem Zeitraum der nächsten 5 bis 10 Jahre gibt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Andreas Zorn erklärt, dass die CDU-Fraktion ebenfalls eine Ergänzungsantrag vorbereitet habe, der wie folgt lautet:

Der Gemeindevorstand wird gebeten zusätzlich folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch waren die Straßenbeiträge der Anlieger in den letzten 10 Jahren?
2. Wie hoch war der Gemeindeanteil an den Straßenbeiträgen in den letzten 10 Jahren?
3. Wie hoch ist das Sanierungsvolumen von Gemeindestraßen, (inkl. Ausbau Trift), in den nächsten 5 Jahren?
4. Welchen Einfluss hätte eine Abschaffung der Straßenbeiträge auf die zu erschließenden Baugebiete? Können nach einer Abschaffung der Straßenbeiträge die Erschließungskosten rechtssicher an die Käufer weitergereicht werden?
5. Wie bewertet der Gemeindevorstand die Frage nach der Fairness gegenüber Bürgern die bereits Straßenbeiträge gezahlt haben?
6. Wie beantwortet der Gemeindevorstand die Frage, warum das Land Hessen die Kosten für die Sanierung der Straßen bezahlen soll?
7. Sind Sanierungen von Gemeindestraßen in der finanziellen Situation der Gemeinde Kiedrich nach einer Abschaffung der Straßenbeiträge und ohne Förderung durch das Land Hessen überhaupt noch möglich?

Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher weist darauf hin, dass es zwischen Erschließungs- und Straßenbeiträgen zu unterscheiden gilt. Insoweit wäre Frage 3 teilweise und Frage 4 des Ergänzungsantrages nicht korrekt. Da bei der Maßnahme „Ausbau Trift“ und bei der Erschließung von Baugebieten keine Straßenbeiträge sondern Erschließungsbeiträge zum Tragen kommen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Hans-Peter Erkel, bittet um Auskunft, ob sich die FDP-Fraktion in dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wiederfinde.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Andreas Zorn, erklärt, die Frage 4 des Ergänzungsantrages für erledigt.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke-Diefenbach, erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Antrag mit der Ergänzung des Fragenkatalogs unter Einbeziehung eines Zeitraumes von 5 bis 10 Jahren einverstanden erkläre.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Hans-Peter Erkel, erklärt, dass Frage 3 unter Berücksichtigung der Unterscheidung zwischen Erschließungs- und Straßenbeiträgen entsprechend umformuliert werden müsse.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, fasst die Beratungsergebnisse zusammen und lässt, da keine weiteren Wortmeldungen ergehen, über den Antrag FR 135 unter Berücksichtigung des abgeänderten Ergänzungsantrages abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird gebeten, in der nächsten Gemeindevertretung zu berichten, ob es für Kiedrich möglich ist, auf die Erhebung von Straßenbeiträgen zu verzichten.

Weiterhin wird der Gemeindevorstand gebeten, bei der Hessischen Landesregierung nachzufragen, ob von Seiten des Landes die Absicht besteht, dass in den Gemeinden entstehende Delta in Form von Sonderzuwendungen an die Gemeinden in vollem Umfang zu übernehmen.

Der Gemeindevorstand wird gebeten zusätzlich folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch waren die Straßenbeiträge der Anlieger in den letzten 10 Jahren?
2. Wie hoch war der Gemeindeanteil an den Straßenbeiträgen in den letzten 10 Jahren?
3. Wie hoch ist das Sanierungsvolumen von Gemeindestraßen in den nächsten 10 Jahren?
4. Wie bewertet der Gemeindevorstand die Frage nach der Fairness gegenüber Bürgern die bereits Straßenbeiträge gezahlt haben?
5. Wie beantwortet der Gemeindevorstand die Frage, warum das Land Hessen die Kosten für die Sanierung der Straßen bezahlen soll?
6. Sind Sanierungen von Gemeindestraßen in der finanziellen Situation der Gemeinde Kiedrich nach einer Abschaffung der Straßenbeiträge und ohne Förderung durch das Land Hessen überhaupt noch möglich?

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**TOP 11 Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2018
hier: Sicherheitsprogramm KOMPASS**

FR 136

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Andreas Zorn, erläutert und begründet den Antrag der CDU-Fraktion.

Das Mitglied der SPD-Fraktion, Frau Beate Schmidt, erklärt für die SPD-Fraktion, dass man sich über die Bedeutung der Thematik die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen betreffend bewusst sei. Trotzdem halte man die Anforderungen für eine Teilnahme am Sicherheitsprogramm KOMPASS für die Gemeinde Kiedrich zu hoch. In den vier Modellkommunen Hanau und Maintal sowie Bad Homburg v. d. Höhe und Schwalbach am Taunus wäre für die Umsetzung des Programmes viel finanzieller und personeller Aufwand betrieben worden. Es wären Zweifel angebracht, ob die Gemeinde Kiedrich die Ressourcen habe, um die Anforderungen, welche eine Teilnahme bedinge, zu erfüllen. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag FR 136 dennoch zustimmen, und nach Vorliegen der Kostenprüfung weiter entscheiden.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke-Diefenbach, plädiert dafür, zunächst zu prüfen was umgesetzt werden kann und ggf. auch die Option einer Interkommunalen Zusammenarbeit in Erwägung zu ziehen.

Das Mitglied der Gemeindevertretung, Herr Werner Koch, erläutert das Programm des Landes Hessens noch einmal ausführlich. Er führt weiter aus, dass Bestandteile des Programmes wie z.B. „der Schutzmann vor Ort“ in die finanzielle und personelle Zuständigkeit des Landes fallen würden. Da der Antrag FR 136 zunächst nur die Interessenbekundung vorsieht, sollte daher vor einer abschließenden Meinungsbildung das Ergebnis dieses Vorhabens abgewartet werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, über den Antrag FR 136 abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand bei der Hessischen Polizei das Interesse der Gemeinde Kiedrich an der Teilnahme am Sicherheitsprogramm KOMPASS bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

TOP 12 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2018 FR 139 hier: Barrierefreien Zugang zu den Sitzungen der Gemeindevertretung ermöglichen

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Frau Anna Maria Linke-Diefenbach, erklärt, dass der Antrag zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen werden soll.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, erklärt den Antrag FR 139 als in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2018 FR 140 hier: Verbesserung der Verkehrssituation

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Andreas Zorn, begründet den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Bürgermeister, Herr Winfried Steinmacher, führt aus, dass derzeit geprüft wird, mit welchen Kosten die Aufstellung weiterer stationärer Messsäulen verbunden wäre und welche Standorte dafür in Frage kommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, über den Antrag FR 140 abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung bittet die Ortpolizeibehörde/Gemeindevorstand zu prüfen ob:

1. In der Bingerpfortenstraße nach dem Kreisel und Höhe Einfahrt zum Neuen Friedhof, in der Sonnenlandstraße an der Dreispitz und Höhe Bürgerhausparkplatz, an der Waldstraße Ortseingang, an der Marktstraße Höhe Einfahrt Mühlbergstraße, Neue Heimat vor der Schule/Kita sowie an weiteren sinnvollen Stellen eine Tempo 30 Markierung auf den Straßenbelag aufgebracht werden kann?
2. An gleichen Stellen wie in Punkt 1 beschrieben mit großen reflektierenden Straßenschildern auf die Tempo 30 Beschränkung hingewiesen werden kann.
3. An gleichen Stellen wie in Punkt 1 der Einsatz von Geschwindigkeitsmessgeräten mit Emojs möglich ist.
4. Mit welchen Kosten der Bau von weiteren festinstallierten Radargeräten zur Geschwindigkeitskontrolle in der Bingerpfortenstraße, Waldstraße (Ortseingang), Marktstraße (Einfahrt Mühlbergstraße) und Sonnenlandstraße (Bürgerhausparkplatz) verbunden wäre.
5. Gebeten wird ebenfalls um Prüfung von möglichen Fördermitteln für alle Maßnahmen durch Bund, Land und Kreis.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher hält zur Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2019 die Haushaltsrede.

TOP 15 Mitteilungen

des Bürgermeisters, Herrn Winfried Steinmacher

- Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher berichtet von einem Treffen des Eltviller Tisches, dessen Arbeit maßgeblich von Kiedricher Bürgern in Führungspositionen getragen werde, im Blockhaus (Jugendtreff).
- Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher informiert über den Stand der Arbeiten am Bürgersteig in Höhe des Misch- und Gewerbegebietes.
- Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher führt aus, dass sich die Verlegung des Grünschnittplatzes wahrscheinlich erst zu Beginn des Jahres 2019 realisieren lasse. Er bittet darum, dass Beobachtungen über die illegale Ablagerung von Grünschnittabfällen außerhalb des bisherigen Grünschnittplatzes gemeldet werden.
- Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher unterrichtet über die Anliegersammlung zum Ausbau der Straße Trift.
- Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher gibt bekannt, dass zum 15.11.2018 eine Nachbesetzung einer Stelle auf dem Bauhof der Gemeinde Kiedrich erfolgt.
- Herr Bürgermeister Winfried Steinmacher informiert über den Stand der Jahresrechnungen, der sich wie folgt darstellt:

Jahresrechnung	aufgestellt	Aufstellung geplant	zur Prüfung angemeldet	geprüft	beschlossen
2009	X			X	X
2010	X			X	X
2011	X			X	X
2012	X			X	X
2013	X		X		
2014	X		X		
2015	X		X		
2016	X		X		
2017		Nov 18			
2018		1. Quartal 2019			

des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Harald Rubel

- Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, teilt mit, dass sich im Ältestenrat auf die Sitzungstermine für das Jahr 2019 verständigt worden sei. Dem Protokoll werden die Termine als Anlage beigelegt.
- Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, weist auf die Bürgerversammlung am 21.11.2018 um 19.00 Uhr im kleinen Saal des Bürgerhauses zur Thematik „Bürgerstiftung“ hin.
- Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, gratuliert allen Mitgliedern der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes, die seit der letzten Sitzung ihren Geburtstag gefeiert haben. Dies sind:

Herr Frank Nußbaum
 Herr Jürgen Scholz
 Frau Beate Schmidt
 Herr Tobias Ibel
 Frau Petra Pieper
 Frau Anna Maria Linke-Diefenbach

Herr Beigeordneter Walter Ruhl
 Herr Beigeordneter Rüdiger Wolf
 Herr Beigeordneter Josef Heinrich Bibo

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Harald Rubel, bedankt sich für die Teilnahme an der Sitzung und schließt diese mit dem Hinweis auf die am 14.12.2018 terminierte nächste Sitzung.

Kiedrich, den 02.11.2018

Für die Richtigkeit:

(Harald Rubel)
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

(Malsy)
Schriftführer